

Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36, 14943 Luckenwalde

Herr Danny Eichelbaum

Kreistag Teltow-Fläming
Am Nuthefließ 2
14943 Luckenwalde

**Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI im Kreistag
Teltow-Fläming**

Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde
Telefon: 03371/63 22 67
Telefax: 03371/63 69 36
E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-tf.de

Nachfragen zur Anfrage Komplex Baruth/ Mark

Luckenwalde, 08.10.2020

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Ich bedanke mich bei Frau Biesterfeld für die Beantwortung meiner Anfrage. Bedauerlicherweise wurden meine Fragen nicht vollständig beantwortet. Daher ergeben sich für meine Fragen aus der Anfrage leider mehrere klärende Nachfragen und neue Fragen.

Zur Antwort zu Frage 1:

Der Landkreis soll laut durch den Kreistag einstimmig beschlossenen Leitbild alle touristischen Ziele fördern bzw. erhalten. Es ist daher für mein Verständnis von Seiten der Kreisverwaltung alles Mögliche zu tun, um den Wildpark Johannismühle, der unbestritten ein solch touristisches Ziel in TF ist, dauerhaft zu erhalten bzw. zu sichern. Die Antworten der Beigeordneten zählen bisher erfolgte Maßnahmen auf. Ich erfragte jedoch Maßnahmen und Handlungen zur Weiterentwicklung und Förderung des Wildparks. Die Frage richtete sich also nach weiteren Maßnahmen für die Zukunft, nicht nach einer Aufzählung bereits erfolgter Punkte.

In diesem Zusammenhang stelle ich klar, dass gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen aufgrund der Corona-Pandemie alle zusätzlichen, nicht absolut zwingend erforderlichen, finanziellen Belastungen bzw. Investitionshemmnisse von Seiten der Verwaltungen gegenüber den wirtschaftlich Tätigen unterlassen werden sollten.

Ich frage daher:

1. Was sind die weiteren Maßnahmen der Kreisverwaltung in der Zukunft zur Förderung bzw. für den Erhalt des Wildparks (Was als Ziel für die Kreisverwaltung gemäß Leitbild ja nicht infrage gestellt sein kann.)?
2. Trifft es zu, dass von Seiten der Kreisverwaltung vom Wildpark eine hohe, in Corona-Zeiten unverständliche finanzielle Zusatzbelastung (Hinterlegung einer Sicherheitsleistung) verlangt wird, welche den Wildpark in zusätzliche Geldsorgen treibt? Sieht die Kreisverwaltung diese unnötig hohe Zusatzbelastung als fördernd für das im Leitbild festgelegte Ziel der Tourismusförderung an?

Zur Antwort zu Frage 2:

Die Frage nach den konkreten Sachverhalten und der Bewertung dieser für die Verhinderung der Betriebsgenehmigung ist nicht beantwortet. Es werden vom Betreiber des Wildparks nötige Voraussetzungen verlangt, ohne, dass diese in der Antwort zu meiner Frage genannt werden.

Ich frage daher:

Was sind die konkreten, durch den Wildpark noch zu schaffenden Voraussetzungen für eine dauerhafte Betriebsgenehmigung und in welchen genauen Anspruchsnormen bzw. §§ der Gesetze sind diese festgesetzt?

Ebenso werden in der Antwort „Vergleichsverhandlungen“ in der „Übergangszeit“ erwähnt. Was sind diese Verhandlungen, um was geht es hier konkret?

Zur Antwort zu Frage 3:

Die Antwort der Beigeordneten stellt klar, dass es seit der Wende „keine veränderte Gesetzeslage“ gibt. Damit ist klar, dass alle Punkte, die heute beim aktuellen Betreiber von Seiten der Verwaltung beanstandet werden, bereits unter allen vorhergehenden Betreibern des Wildparks seit Jahrzehnten offenbar toleriert wurden. Ebenso ist festzuhalten, dass es sich bei dem Gebiet zwar um einen planungsrechtlichen Außenbereich handeln mag, das Gebiet jedoch seit der Wende infrastrukturell voll erschlossen wurde und somit eine Form der Anerkennung durch verschiedenste Akteure unterstellt werden kann.

Ich frage daher:

Warum ist die Kreisverwaltung nun erst mit dem Wechsel zum aktuellen Betreiber „rechtlich aufgewacht“ und begann mit ihren Beanstandungen und daraus resultierenden Forderungen/ Auflagen?

Zur Antwort zu Frage 4:

Seit über einem Jahr wird im politischen Raum Teltow-Fläming, sowohl in Kreistagsgremien wie auch in der Verwaltung selbst, von einem nötigen Gesamtkonzept für das Museumsdorf Glashütte gesprochen. Hier ist das zuständige Dezernat in der Pflicht zur Erstellung eines Entwurfes. Es kann nicht von ehrenamtlich tätigen Kreistagsmitgliedern erwartet werden, vollumfängliche Gesamtkonzepte zu entwickeln. Zumal von Seiten der Kreisverwaltung schon zu anderen Anlässen bewiesen wurde, dass man zur Erstellung von Konzeptentwürfen in der Lage und bereit ist. Die Verwaltung bzw. das zuständige Dezernat ist hier also klar in der Bringepflicht. Zumal laut Antwort zur Frage, die Verwaltung „gern bereit“ ist, zur Erstellung eines Konzeptes beizutragen.

Die in der Antwort zu meiner Frage erwähnte „organisatorische Struktur für die Zusammenarbeit der Akteure“ sowie der „touristische Markenbildungsprozess“ ist das Reden bzw. Werben und Umgehen mit dem fertigen Produkt „Museumsdorf Glashütte“. Aktuell sind jedoch die Bauten bzw. der Bestand gefährdet im Erhalt und Unterhalt, das (fertige) Produkt ist also noch gar nicht da bzw. gefährdet. Erst nach dessen Sicherung kann man doch über die weitere Entwicklung für die Zukunft und die Möglichkeiten des Produktes reden!

Die politischen Signale sind klar erkennbar: die Stadt Baruth/ Mark hat sich entsprechend positioniert, Mitglieder des Kreistages haben ebenso mehrmals ein solches Konzept eingefordert. Ebenso ist vom Kreistag das klare politische Bekenntnis zum Erhalt des Museumsdorfes gesetzt worden – hätte sich der Kreistag sonst für den Erwerb Glashüttes entschieden? Abwicklung war sicherlich nicht das Ziel! Auch schon früher hat die Kreisverwaltung in Abarbeitung früherer KT-Beschlüsse gezeigt, dass sie in Eigenbefassung tätig wird.

Ich frage daher:

1. Warum wird die Kreisverwaltung nicht eigeninitiativ tätig und erstellt einen Konzeptentwurf, so wie es auch schon bei anderen Konzepten seit Jahrzehnten problemlos machbar war?
2. Warum werden vom zuständigen Fachbereich nicht die Voraussetzungen für einen Konzeptentwurf geschaffen?

Zur Antwort zu Frage 6:

Die Antwort der Beigeordneten spricht von einer „Einordbarkeit in die Gesamtzielstellung zur Entwicklung des Museumsdorfes“. Wie oben erwähnt, fehlt ja aber ein Gesamtkonzept.

Ebenso wird geantwortet, dass „gegenwärtig“ Gespräche mit der Stadt Baruth/ Mark im Zuge ihres Angebotes laufen. Das Angebot liegt der Kreisverwaltung seit Januar 2020 schriftlich vor. Eine Nachbesserung des Angebotes erfolgte in einem späteren Gespräch der Beteiligten im Frühjahr in der Kreisverwaltung. Dazu gab es bzgl. des Baruther Angebotes bzw. zum Nutzungsziel nach dem Erwerb ein Veto einer Fachabteilung der Kreisverwaltung. Im Zuge des Gespräches sagte die Kreisverwaltung eine Klärung zu.

Ich frage daher:

1. Was ist die von der Kreisverwaltung erwähnte Gesamtzielstellung, welchen Inhalt hat diese?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Klärung des erwähnten Sachverhaltes, bis wann ist mit dem Abschluss der seit Anfang 2020 laufenden Gespräche zu rechnen?

Monika Nestler

Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming